

Westfalenblatt vom 10.08.2016, S. 5

## Eine Frage der Quote

CDU-Landtagsabgeordneter Kuper kritisiert Flüchtlingsverteilung im Land

Von Ann-Christin Lücke

**Bielefeld** (WB). Bei der Verteilung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen kann es zu großen Unterschieden kommen. Nicht jede Kommune erfüllt die ihr auferlegte Aufnahmequote immer zu 100 Prozent. Andere liegen dagegen um ein Vielfaches darüber. Das geht aus Zahlen hervor, die die Bezirksregierung Arnsberg nun veröffentlicht hat.

Das Ergebnis der Erfüllungsquote basiert aber lediglich auf der Situation am 30. Juni 2016. Während Bergheim-Erft an diesem Tag mit knapp 225 Prozent weit über der geforderten Aufnahmequote lag, waren es etwa in Südlohn nur gut 28 Prozent. In OWL hat Rödinghausen (Kreis

Herford) an diesem Tag die meisten Asylsuchenden aufgenommen (295 Prozent), Horn-Bad Meinberg (Kreis Lippe) und Porta Westfalica (Kreis Minden-Lübbecke) wurden nur etwa die Hälfte der Flüchtlinge zugewiesen, die der Berechnungsschlüssel vorsieht.

»Die Quoten ändern sich täglich«, erklärt Sprecher Benjamin Hahn im Gespräch mit dem WESTFALEN-BLATT. »In dem Moment, wo das Bundesamt sagt, Du darfst bleiben, fallen die Menschen aus dieser Rechnung raus«, sagt Hahn. »Das sorgt manchmal für Schief lagen.« Deshalb sei es auch schwer, durchschnittliche Werte zu nennen. Durch die Schwankungen würde die Situation nicht verlässlich widerspiegeln. Er weist aber daraufhin,

dass die Bezirksregierung von Februar bis Anfang Juni für Städte und Gemeinden, die ihre Quoten erfüllt hätten, einen Aufnahme-stopp verhängt habe.

Kritik kommt von der CDU-Fraktion im Landtag: Der Rietberger Abgeordnete André Kuper sieht darin ein Versagen der rot-grünen Landesregierung. »Es ist vollkommen ungerecht, dass einigen Städten mehr Flüchtlinge zugewiesen werden, obwohl sie ihre Aufnahme längst übererfüllt haben«, sagt Kuper. Benjamin Hahn erklärt die hohen Quoten in Bergheim-Erft damit, dass vor Ort eine Ersteinrichtung sei. »Sie diene in der Hochzeit als Notunterkunft mit 1000 Plätzen.« Ziel sei es aber, alle Kommunen auf 90 Prozent zu bringen.

»Diese Unterschiede erklären sich nicht allein aus der Anrechnung von Landesunterkünften«, hält André Kuper dagegen und fordert, die »Verteilungs-Lotterie« zu beenden. Er sieht zudem eine ungleiche finanzielle Belastung der Kommunen. Bei der Berechnung handele es sich um ein »hochkomplexes, kompliziertes Gebilde«, räumt Benjamin Hahn ein. Anerkannte Flüchtlinge fallen aus der Statistik heraus und werden dann den Einwohnern zugerechnet. Für die Kommunen bedeute das, dass sie sie im weiteren Verlauf, weniger Menschen aufnehmen müssen.

Die Flüchtlings-Finanzierung wird sich aber zum 1. Januar 2017 ändern. Das Land hat sich auf eine Pro-Kopf-Finanzierung geeinigt.